52. Jahrgang. № 261. Sonntag, 20. September 1908.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

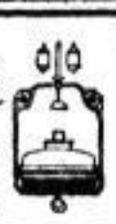
Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf. Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Kronleuchterfabrik Krietzschmar, Börnberger Dresden Sorgastr. 5 u. 7. Nähe des Dreimaschenplatzes.


Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke
Geschmackvoll. * Künstlerisch. * Preiswert.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 280.

Salem Aleikum-Cigaretten. Keine Ausstattung, nur Qualität. 3½ bis 10 Pfennige das Stück.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, vorwiegend heiter.

Der 4. Verbandstag des Verbandes Deutscher Bücherrevisoren wurde gestern in Dresden eröffnet.

Den Leipziger Stiftungs-Preis gewann „Perennis" mit Bullock im Sattel.

Staatssekretär von Köller wird, wie verlautet, vor seinem Rücktritt seine Dienstgeschäfte nicht mehr übernehmen.

In den nächsten preußischen Etat soll die erste Baurate für den Ausbau des Oder-Spree-Kanals eingestellt werden.

Die preußische Ansiedlungskommission hat im Kreise Schwetz ein 6000 Morgen großes Rittergut angekauft.

Der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg ist gestern geschlossen worden.

Lord Rosebery betreibt eine Reform des englischen Oberhauses.

Durch Absturz von der Kurzalpe in Tirol starben zehn Kinder.

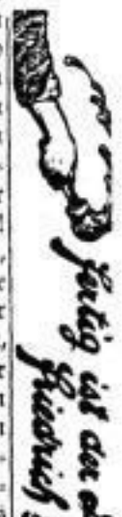
In Rußland wird die Neuzulassung von Frauen zu Universitätsvorlesungen künftig verboten werden.

Der sozialdemokratische Parteitag

hat seine Hauptschlacht geschlagen. Tagelang tobte um die Budgetbewilligung ein Kampf, wie er in solchen Formen selbst bei den Zukunftsstaatlern ungewöhnlich ist, obwohl man doch bei Polemiken in diesem Kreise von jeher an starken Tabak gewöhnt ist. Persönliche Beschimpfungen, Verdächtigungen und Zwischenträgereien lösten sich in angenehmem Wechsel untereinander ab, und daß es schließlich nicht zu solennen Raufereien zwischen den „Genossen" an den Höhepunkten der stürmisch bewegten Debatte gekommen ist, dürfte nur einem Zufall zu verdanken sein, denn am Donnerstag-Nachmittag rückten sich die streitenden Parteien mit drohenden Gebärden und geballten Fäusten so nahe auf den Leib, als ob sie ihren Reden den Nachdruck „schlagender" Beweise geben wollten. Es war ein niederziehendes Schauspiel, aber wertvoll als ein überzeugendes Pröbchen vom Parlamentarismus des „Zukunftsstaates": Willst Du nicht mein Bruder sein, schlag' ich Dir den Schädel ein! Die Freiheit der Geister, das Recht jeder ehrlichen Ueberzeugung auf Betätigung, auch wenn sie von derjenigen der Majorität abweicht, ist in Nürnberg in brutalster Weise negiert worden; auch ein Beweis für die Freiheit, wie sie die Sozialdemokratie meint. Treffender kann das Polizeiknüttel-Niveau des sozialdemokratischen Parteitages nicht charakterisiert werden, als durch den drastischen Zuruf eines Genossen, der der Mahnung eines Redners: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" die Warnung entgegenstellte: „aber vergewaltigt Euch nicht!" Hier hat man in zwei Schlagworten das Wesen der Umsturzpartei und ihrer Zukunftsherrlichkeit: Einigkeit durch — Vergewaltigung. Angenehme Perspektiven, wenn man sich unter dem Eindrucke der Hunnenschlacht in Nürnberg einmal wieder recht deutlich klar macht, wohin wir unter dem Zepter der Bebel-Singer und Konsorten kommen würden. Statt des reichen Spiels freier Kräfte, die ihren Ausgleich in sich selber allmählich — wenn auch in harten Kämpfen — finden, die Oede einer Zwangsuniformierung auf allen Gebieten des Lebens nach dem Willen der sozialdemokratischen Parteipäpste; statt freier Meinungsäußerung, wie sie im heutigen Staate in weitestem Umfange gewährleistet ist, ein unantastbares „Evangelium" der sozialistischen Doktrin, gegen die auch nur zu muckfen eine Sünde gegen den heiligen Geist ist, da ihre Unfehlbarkeit ja durch Majoritätsbeschlüsse amtlich bescheinigt wird. Fragt mich nur nicht, wie?! Auf dem heurigen Parteitage ist auch so ein „heiliger" Mehrheitsbeschluß gegen die Rebellen von süddeutschen und revisionistischen Budgetbewilligern zustande gekommen, aber geht man der Sache näher auf den Grund, so erschrickt man förmlich über die skrupellose Art, wie die Machthaber die Majorität zu ihren Gunsten erzielt haben. Um sich die nötigen Stimmen von vornherein zu sichern, hat der Parteivorstand mit seinen reichen Geldmitteln einen Mandatskauf getrieben, der einfach unerhört dasteht. Bekanntlich darf jeder Wahlkreis, in welchem die Sozialdemokratie durch organisierte Genossen vertreten ist, drei Personen zum Parteikonzil delegieren. Natürlich können Kreise, in denen die Genossen nur ganz schwach vertreten sind, dazu nicht die nötigen Geldmittel auftreiben. Ihnen hat man diesmal von Berlin aus unter die Arme gegriffen, denn man brauchte die Soldtruppen: auf „Anraten der Berliner" durften sie die volle Zahl der erlaubten Delegierten wählen, aber nicht, wie man annehmen könnte, kreiseingesessene Genossen, sondern Berliner und andere Parteimänner, die stramm zum radikal-revolutionären Marxismus halten. Sonderbar, wie brutal die Sozialdemokraten, die die kapitalistische Weltordnung gar nicht genug in Grund und Boden verdammen können, nach kapitalistischen Prinzipien zu arbeiten verstehen, wenn es an Machtkämpfe geht! Oder darf man nicht von einer Herrschaft des Geldbeutels in der sozialdemokratischen Partei reden, wenn man diesen Meinungs- und Mandatsschacher sieht? Wer mit solchen Praktiken arbeitet, wer in dem eigenen Lager eine derartige Korruption übt, darf nicht länger dem Bürgertum gegenüber den Sitten- und Splitterrichter spielen und kann anständigerweise nicht andere Parteien verdammen, weil sie der Meinung sind, daß man die Stimmen nicht bloß zählen, sondern auch wägen müsse. Bedenkt man dies, so wird man über die Farce von Nürnberg lachen müssen und sich schwerlich der Ansicht Singers anschließen können, daß die Mehrheitsbeschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage als „Heiligtum" und als „Evangelium" zu bewerten seien. Sogar die Genossen äußern von Zeit zu Zeit recht ketzerische Ansichten hierüber, und besonders diesmal wird es an interessanten Aeußerungen in ihrer Presse sicherlich nicht fehlen.

Von früheren Parteitagen her ist es bekannt, wie man bei Streitigkeiten stets „im höheren Interesse der Einigkeit der Partei" nach Kompromissen suchte und sie auch fand, um wenigstens nach außen hin den Schein zu wahren. Diesmal ist es in der Budgetfrage nicht gelungen, trotzdem Tag für Tag stundenlange Einigungsverhandlungen gepflogen wurden: die Formel für eine Verkleisterungsresolution hat man nicht gefunden. Die Gegensätze waren bereits zu heftig aufeinander geplatzt, um noch versöhnt werden zu können. Selbst die Vermittlungsresolution Frohme wurde von der Majorität abgelehnt. Der Parteivorstand blieb hart. In der Tat läßt sich nicht leugnen, daß es sich bei der Frage der Budgetbewilligung, wie sie sich diesmal zugespitzt hatte, nicht lediglich um eine taktische Frage, sondern um ein wichtiges Prinzip der Umsturzpartei handelte; daß an ihm die Entscheidung darüber fallen mußte, ob die intransigente Theorie der Vertreter der bisherigen Auffassung des unversöhnlichen Klassenkampfes zugunsten der neuen reformistischen parlamentarischen Kampfmethode abzudanken habe. Die radikalen Kreise der sozialdemokratischen Partei haben von ihrem Standpunkt aus insofern die größere Konsequenz der Gedankenlogik vor ihren süddeutschen und revisionistischen Gegnern voraus, als sie sich sagen, daß, wer den gegenwärtigen Staat und seine Ordnung zielbewußt umstürzen will, auch sein Budget nicht bewilligen dürfe. Daran ist nicht zu drehen und zu deuteln! Die früheren Resolutionen von Lübeck und Dresden tragen diesem Standpunkt Rechnung; besonders klar ist die neue Nürnberger Fassung, wenn sie ausspricht, daß „der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß. Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden. Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmasse, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht. Die arbeitende Klasse immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit." Man sieht hieraus, wie die revolutionäre Idee ungebrochen in den Köpfen der unentwegten Genossen spukt und wie man gerade aus dem bewußten Gegensatz gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre Einrichtungen für die erfolgreiche Agitation unter den Arbeitermassen Kapital zu schlagen gesonnen ist. Man will hetzen und schüren, bis man den großen Kladderadatsch erreicht. Die angebliche Sorge für das Wohl der Arbeiter ist ja nur Mittel zum Zweck, denn im Grunde kümmert sie das herzlich wenig: die Sozialdemokratie repräsentiert eine andere Weltanschauung, zu deren Verwirklichung sie, wenn die Massen „reif" geworden sind, das Mittel der Revolution eingestandenermaßen anwenden will. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist die Nürnberger Resolution zur Budgetbewilligung so deutlich und folgerichtig als nur möglich.

Dem Bürgertum kann das nur recht sein; es ist für die Laien und weniger Eingeweihten immer gut, wenn sie von Zeit zu Zeit die Sozialdemokratie unverhüllt mit ihren letzten Konsequenzen vor sich sehen. Auch der Staat wird weise daran tun, die hier drohende Gefahr einer aggressiven Massenpartei nicht aus dem Auge zu verlieren und sich in seiner Wachsamkeit nicht etwa durch den Umstand einlullen zu lassen, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen Verluste erlitten hat. Es kann bei wechselnder politischer Konjunktur auch wieder einmal anders kommen! Das nur nebenbei. Die Hauptfrage ist natürlich, ob es, nachdem die Süddeutschen auf dem Nürnberger Parteitage unterlegen sind, jetzt zu einer Spaltung in der Sozialdemokratie kommen wird. Die Lage ist ernst, ohne Zweifel, und es läßt sich heute noch nicht mit absoluter Bestimmtheit sagen, welches Ende die Sache nehmen wird. Jedenfalls war die Umsturzpartei niemals in einer unangenehmeren Krise als jetzt, wo der Parteivorstand zwar mit seiner Majorität in der Budgetfrage gesiegt hat, aber die Süddeutschen in ihrer bereits mitgeteilten Erklärung haben durchblicken lassen, daß sie nach wie vor auf ihrer Ansicht verharren und auf die Resolution sozusagen pfeifen. Was soll nun werden? Drei Möglichkeiten gibt es. Entweder die süddeutschen Budgetbewilliger werden an die Luft gesetzt oder sie treten freiwillig aus der Partei aus oder es geschieht von beiden Seiten vorläufig nichts und man wartet das Kommende ab. Letzterer Fall scheint uns am wahrscheinlichsten zu sein. Das Odium einer Spaltung in der Sozialdemokratie wird weder die eine noch die andere der streitenden Parteien auf sich nehmen wollen. Man wird sich vielleicht in der Presse noch längere Zeit derbe Grobheiten sagen, aber mit temporisierender Gelassenheit abwarten, bis es zur nächsten Budgetbewilligung kommt. Vielleicht hat man bis dahin einen Ausweg gefunden, vielleicht auch nicht. . . . Jedenfalls, wenn es auch jetzt noch nicht zur Spaltung kommen sollte, wird die sozialdemokratische Partei doch eine Einbuße an innerer Solidarität erleiden. Uns soll das recht sein! Wir haben schon kürzlich an dieser Stelle betont, daß es vom bürgerlichen Standpunkte sehr fraglich wäre, ob die Sozialdemokratie dem Staat und der Gesellschaft in ihrer heutigen Gestalt gefährlicher ist oder dann, wenn sie in zwei sich günstig ergänzenden Gruppen marschiert, aber vereint schlägt. Am besten ist es, die Budgetbewilliger und Revisionisten und ihre Gegner, die Radikalen, bleiben beisammen und schlagen aufeinander los. Da die inneren Kämpfe in der Sozialdemokratie aller Voraussicht nach von Jahr zu Jahr an Schärfe zunehmen werden, so wäre das Bürgertum der tertius gaudens. Sicher ist, daß die Absplitterung der Budgetbewilliger und Revisionisten allmählich zur Bildung einer neuen scharf demokratischen Partei führen würde, die ohne Zweifel auf das Heer der unzufriedenen, gedankenlosen Mitläufer eine verhängnisvolle Anziehungskraft ausüben würde. Es ist also schon besser, die Genossen bleiben hübsch zusammen — trotz der Nürnberger Resolution über die Budgetbewilligung. . .


Fröhlich ist der Fluch von Friedrich Glöckner

Neueste Drahtmeldungen vom 19. Septbr.

Interparlamentarische Konferenz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichskanzler Fürst Bülow empfing heute vormittag den ungarischen Kultusminister Graf Albert Apponyi.

Paris. (Priv.-Tel.) Im „Petit Parisien" geben zwei der hervorragendsten französischen Parlamentarier, Banquier und Buisson, ihre lebhafte Befriedigung über den der Interparlamentarischen Konferenz in Berlin zuteil gewordenen Empfang Ausdruck. Sie bezeichnen Bülows Ansprache als Kundgebung eines wahrhaft hervorragenden Staatsmannes und betonen die in leitenden deutschen Kreisen wahrnehmbare Geneigtheit zur friedlichen Austragung aller zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Schwierigkeiten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Nürnberg. Rechtsanwalt Haase-Königsberg begründete folgenden Antrag: Der Parteitag empfiehlt allen Parteiorten, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im